

Transatlantische Beziehungen

Liberaler Außenpolitik steht im Dienste der Freiheit, der Demokratie und des Rechts. Wir sind davon überzeugt, dass wir diese Werte mit den Vereinigten Staaten von Amerika als derzeit einziger Supermacht teilen, während sie in den regionalen Schwergewichten einer zunehmend multipolaren Welt weniger (z.B. Indien), kaum (z.B. Russland) bzw. gar nicht (z.B. China) verwurzelt sind. Seit Antritt der zweiten Regierung Bush sind sich auch mehr und mehr Verantwortliche in den USA darüber bewusst, dass neben Japan und den USA vor allem die Europäische Union in der Lage ist, eine freiheitliche Außenpolitik zu verfolgen.

Vor diesem Hintergrund ist es unser Ziel, die transatlantische Verbundenheit auf ein starkes Fundament zu stellen. Wir wollen strategische Ziele verfolgen, welche von der EU und den USA gemeinsam angestrebt werden können. Dabei gilt es zugleich, sich über die angemessenen Mittel zu verständigen. Nach unserer Auffassung heißt dies konkret:

- den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu führen; die erforderliche Zusammenarbeit zwischen den Behörden muss streng im Rahmen der geltenden nationalen und internationalen Rechtsnormen erfolgen; Kriegsgefangene müssen Zugang zu unabhängigen Gerichten haben, die ihren Status überprüfen; mutmaßliche Terroristen dürfen nur aufgrund eines richterlichen Haftbefehls festgehalten werden; keinesfalls darf bei Verhören Folter oder andere unmenschliche Techniken eingesetzt werden; der Rückgriff auf derartige absolut verbotene Mittel untergräbt die Legitimität im Kampf gegen den Terrorismus und schadet europäischer und amerikanischer Glaubwürdigkeit in der gemeinsamen Förderung von Demokratie und Rechtsstaat weltweit.

- den Einsatz für einen Frieden im Nahen Osten zu intensivieren; die Europäische Union kann durch eine ausgeglichene Politik die häufig als einseitig pro-israelisch empfundene Haltung der USA ausbalancieren und zur praktischen Annäherung zwischen Palästinensern und Israelis auf Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung beitragen; EU und USA sollten auch eine abgestimmte und deutliche Haltung gegenüber dem Iran und Syrien einnehmen – Länder, die die Region destabilisieren und die Menschenrechte krass verletzen.

- die Demokratisierung in den arabischen und zentralasiatischen Ländern vorzugsweise mit friedlichen Mitteln zu befördern; die Europäische Union soll und kann mit einem breit gefächerten Erfahrungsschatz an Instrumentarien für diese Länder (z.B. die Europäische Nachbarschaftspolitik) diesen wichtigen neuen Schwerpunkt der US-Außenpolitik („transformational diplomacy“) stärken;

- den weltweiten freien Waren- und Dienstleistungsaustausch und die Energiesicherheit zu stärken; die EU muss im Verbunde mit den Amerikanern im Rahmen der WTO für den Freihandel klare Akzente setzen; dies bedeutet gerade auch im Interesse der vom Protektionismus so stark betroffenen Entwicklungsländer eine Öffnung der Märkte durch Senkung von Zöllen und der

Abschaffung nichttarifärer Hemmnisse, und die Beendigung wettbewerbsverzerrender Praktiken wie z.B. Subventionen; im Energiebereich sollten EU und USA auch den nötigen politischen Einfluss auf Energie exportierende Länder zur Förderung einer marktkonformen Angebots- und Nachfragestruktur geltend machen; bilateral gilt es, das Wachstumspotenzial der beiden weltweit am stärksten miteinander verbundenen Wirtschaftsräume („Avantgarde der Globalisierung“) angesichts zunehmender Konkurrenz besser zu nutzen; Europa und Amerika sollten vermehrt interne Handels- und Investitionshürden abbauen, so wie dies in der EU-US Wirtschaftsinitiative für Wachstum und Integration von 2005 angelegt ist.

- in den regulären Gremien der EU-US Zusammenarbeit verstärkt die politische Abstimmung über diese Themen zu erzielen; hier ist vor allem die EU aufgerufen, mit mehr Energie gemeinsame Positionen zu Kernfragen außenpolitischer Herausforderungen zu erarbeiten (wie derzeit zum Iran und nicht so, wie zum Irak im Jahr 2003); diese EU-Positionen sind dann nicht nur im EU-US Dialog, sondern auch im bilateralen Verhältnis Deutschlands und der anderen EU-Mitgliedstaaten mit den USA aktiv zu vertreten.

Freilich stehen die Freien Demokraten nicht für eine blinde Amerika-Freundlichkeit. Liberale werden ihre Stimme immer dann erheben, wenn die USA fragwürdige Ziele verfolgen oder falsche Mittel einsetzen. Nach wie vor sind wir daher kritisch gegenüber dem mangelnden Bewusstsein für globale Umweltfragen oder dem Versuch, sich der weltweiten Strafgerichtsbarkeit zu entziehen. Allerdings verwechseln wir diese Kritik an der Regierung Bush nicht mit einem grundsätzlichen Anti-Amerikanismus, den es mit Entschiedenheit abzulehnen gilt. Für die FDP besteht die Freundschaft zu Amerika auch in schwierigen Zeiten. Zu jeder Zeit gilt es, die liberalen Kräfte auf beiden Seiten des Atlantiks zu stärken.

Brüssel, 6.2.2006
AK Außen- und Sicherheitspolitik
FDP Auslandsgruppe Europa